Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 7-8

Artikel: Pferdewechsel in Bonn
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338863

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rolf Reventlow (München)

Pferdewechsel in Bonn

Um es vorweg zu nehmen, das Wort vom «Pferdewechsel» stammt aus einem inhaltlich nichtssagenden Kommentar der Wochenschrift «Die Zeit». Es stellt die Lage in Bonn, nach Präsidentenwahl und Kanzler-Neuwahl, die Lage insofern richtig dar, als der Regierungswechsel nur Personen nicht aber den Bestand der sozialdemokratisch-liberalen Koalition betrifft. Zuvor gab es überall in der Bundesrepublik Deutschland Kundgebungen, in denen Sozialdemokraten dem abtretenden Kanzler Willy Brandt Dank, Treue und Gefolgschaft versicherten. In der Mehrzahl waren diese Kundgebungen von den vielverfemten Jusos veranstaltet und getragen. In Bonn, dem «Bundeshauptdorf», wie die noch nicht ganz entwickelte Gross- und Hauptstadt gerne genannt wird, gab es sogar eine Kundgebung noch zu später Stunde, unmittelbar nach dem die Demission Brandts bekannt geworden war. Ein Journalist interviewte an Ort und Stelle die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Heidemarie Wiczerek-Zeul. Und der Fernsehkommentator meinte dazu, ihre Feststellung, sie sei durch den Rücktritt von Willy Brandt erschüttert, wirkte nicht glaubhaft.

Diese Kritik ist verständlich, aber falsch. Sie entspringt einer Sensationsmache, die davon lebt, der grössten Mitgliederpartei Deutschlands nicht zugestehen zu wollen, dass es in ihrer – und ihrer Jungmannschaft – verschiedene richtungsmässige Auffassungen gibt und die Partei, wenn es um Wahlen oder Krisen geht, stets ein geschlossenes Ganzes bildet. Die Erschütterung, von der Heidemarie Wiczerek-Zeul sprach, ging wohl durch die ganze Partei. Wenn es etwas gab und gibt, so ist es sicher die unbestrittene Führerschaft der Partei durch Willy Brandt.

Doch Willy Brandt ist auch nur ein Mensch. Er ist sehr empfindsam, und hieraus ist sein Rücktritt zu einem nicht geringen Teil erklärbar. Zweifellos hatte er politische Präferenzen, die nun einmal im internationalen Bereich und in der Aussenpolitik lagen. Natürlich wusste der Regierungschef auch auf anderen Gebieten Bescheid und wusste Stellung zu nehmen. Das zeigte sich am deutlichsten, als er – noch Bundeskanzler – an das Rednerpult trat und seine persönliche Stellungnahme in der Frage der Fristenlösung bei der Reform des Abtreibungsparagraphen dartat. Doch es ist kein Geheimnis, dass er gerne Arbeit verteilte, aber sehr ungern von der dem Bundeskanzler zustehenden Richtlinienkompetenz Gebrauch machte. Hieraus entstanden gelegentlich Schwierigkeiten, die ihn zweifellos mehr belasteten, als äusserlich sichtbar wurde. Schwer getroffen hat ihn zudem zweifelsfrei die unbeherrschte Art der Kritik, die der Fraktionsvorsitzende Wehner an der deutschen Haltung in der Frage der konsularischen Vertretung Westberlins von Leningrad aus übte. Wenn man auch der Meinung Wehners zustimmen konnte, dass der deutsche

Standpunkt bei den Verhandlungen – sowohl in Moskau als auch in Prag – zuwenig flexibel gewesen sei, so waren Ort und Form dieser Aussage nicht nur undiplomatisch, sondern geeignet, von dem Bundeskanzler als falsche Kritik am falschen Ort aufgenommen zu werden. Das war sozusagen die Vorgeschichte dieser Regierungskrise. Ausgelöst hatte sie, wie bekannt, die Spionageaffäre Guilleaume. Im Stil einzigartig, was ihm auch die vielen Sympathiekundgebungen einbrachte, übernahm Brandt die Verantwortung für das, was er als Fahrlässigkeit einstufte. Das war einmal, die Hinweise des Verdachts der Geheimdienste im Jahre 1973 allzu leicht genommen, oder besser gesagt, nicht beachtet zu haben und zum anderen, dass er eben diesem Mann, der an sich nicht dazu berechtigt war, sogenannte Geheimpapiere zur Kenntnis gebracht zu haben. Es ist anzunehmen, dass der Verdachtshinweis nur sehr vage ausgesprochen wurde, denn zu diesem Zeitpunkt waren ja Beweise offenbar nicht vorhanden. Dennoch gibt es Handlungen, die man sich nachträglich selbst nicht verzeiht. Man muss es Willy Brandt ohne Zweifel glauben, dass er sich nach der Aufdeckung des Spionagefalls gegenüber den Oststaaten und vor allem der DDR nicht mehr unbefangen fühlte, auch wenn man den übertriebenen Ernst in der Beurteilung von vertraulichen oder geheimen Schriftstücken, mit dem die politischen Gegner diese Frage behandelten, für übertrieben ansieht.

Es kam damals hinzu, dass die Bekanntgabe der Festnahme von Guilleaume und seiner Frau eine virulente Spionitis auslöste. Die Redner der CDU/CSU[1] und ein nicht geringer Teil der Presse taten ja, als müsse jedermann einen Agenten von der Nasenspitze als solchen erkennen, als habe es in ihren Reihen noch nie Ostagenten gegeben. Da deutsche Agenten in einem deutschen Land schwerer erkennbar und aufspürbar sind, als sonstige auswärtige Spione, ist an dem Fall Guilleaume an sich nichts so Sensationelles zu vermerken, ausser – innerparteilich für die SPD – der Tatsache, dass es in bestimmten Kreisen der Partei einen Weg zur Karriere darstellen kann, wenn man «linksgeschädigt» auftritt. Guilleaume war Sekretär des Unterbezirks Frankfurt/M der SPD, konnte sich aber dort nicht halten, weil dieser Unterbezirk stark nach links tendiert und der Meisterspion aus Ostberlin sich ganz «rechts» gab. Das bewirkte allerlei Empfehlungen, die ihn dann an die Seite des Bundeskanzlers führte. Wie sehr die Entlarvung eines Spions die Phantasie aller Verehrer von James Bond belebt, das sah man, alsbald danach an dem Fall der Zeitschrift «Capital», die einem zweifelhaften Informanten aufsass und alle Vorwürfe gegen den Chef des Verfassungsschutzamtes zurücknehmen musste.

Einen Richtungswechsel der bundesdeutschen Politik bedeutete der Pferdewechsel in Bonn nicht. Was manchen Gegner und auch manchen Kommentator verblüffte, war eigentlich die Schnelligkeit, mit welcher der

[1] Die CSU (Christlich-Soziale-Union) ist die selbständige bayerische Unionspartei, die jedoch mit der CDU der übrigen Länder im Bundestag eine Fraktion bildet.

neue Kanzler Hellmut Schmidt sein Kabinett zusammenstellte, weder das alte einfach übernahm noch durch einschneidende Änderungen neue Perspektiven anzeigte. Dennoch ist die Regierung Hellmut Schmidt eine andere als die Willy Brandts. Allgemein wurde in der öffentlichen Meinung angenommen, die Person des Vizekanzlers und Aussenministers Genscher würde in der Basis der SPD Anstoss erregen, weil er als Innenminister auch für den Verfassungsschutz verantwortlich war. Das ist ein Irrtum der an Spionitis erkrankten Journalisten, und alle Befürchtungen, es gebe aus diesem Grund bei den Wahlmännern[2] der SPD Vorbehalte und mithin die Gefahr, dass Walter Scheel nicht zum Präsidenten gewählt werde, erwiesen sich spätestens am 14. Mai als grundlos, als die Fraktion der Bundesversammlung dem Vorschlag einstimmig zustimmte. Eine andere Frage ist, ob man dem neuen Mann die gleiche Wendigkeit und Parkettgängigkeit zutraut wie seinem Vorgänger, abgesehen von der Tatsache, dass bei der Aussenpolitik die Persönlichkeit Willy Brandts bestimmend war. Es ist völlig klar, dass der Kanzler Schmidt dem nicht nacheifern wird. Der grosse Schritt, den Brandt tat, nämlich auf das zu verzichten, was – wie er selbst definierte – schon längst verloren war, ist nicht zu wiederholen. Selbst die CDU/CSU ist sich mit vielem Wenn und Aber darüber im klaren, dass hier das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann. Infolgedessen wird die Rolle Hellmut Schmidts gegenüber dem Osten im allgemeinen und der DDR im besonderen mehr als die seines Vorgängers die des Fordernden sein, sozusagen die Stufe Nr. 2 der deutschen Ostpolitik. Seine Regierungserklärung hatte gegenüber der Willy Brandts den Vorzug, dass sie von ihm selbst verfasst ist. Das Konzept dieser Rede, kurz, scharf formuliert und noch ohne polemische Note gegenüber der Opposition, war eben Hellmut Schmidt und nicht ein Mitarbeiter in Gestalt eines Ressortministers. «In einer Zeit weltweit wachsender Probleme», sagte Schmidt in dieser seiner Regierungserklärung, «konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite . . .»

Es ist bereits unbestritten, dass dieser Konzentration das Projekt von der «Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand» zum Opfer fallen wird. Wie immer der Vorwand heissen mag, dieses Projekt scheitert in Wahrheit an der utopischen Vorstellung, man könne auf Grund von Sonderabgaben der Unternehmer und deren Verwaltung durch Fonds, die – nach sieben Jahren – jedem deutschen Arbeitnehmer zweihundert DM in Form von Zertifikaten aushändigen. Es war dies ein Versuch innerhalb der SPD, den immer mehr steigenden Gegensatz zwischen Besitzern der Produktionsmittel und den Arbeitnehmern zu verkleistern. Den Arbeitnehmern geht es heute unvergleichlich besser als in jenen Zeiten, da Marx

[2] Die Bundesversammlung besteht zur Hälfte aus den Abgeordneten zum Bundestag und zur Hälfte aus Wahlmännern der Landtage im Verhältnis ihrer politischen Zusammensetzung.

davon sprach, sie hätten nur ihre Ketten zu verlieren. Doch die Unsicherheit ihrer Existenz ist evident. Es gibt heute Arbeitslose und Kurzarbeiter in der Bundesrepublik. Sie sind in der Marktwirtschaft eben vom Markt abhängig. Ein anderes Mittel – in Details noch immer umstritten – dem Arbeitnehmer dazu zu verhelfen, dass er sich nicht mehr als Objekt und Untertan einer fern von ihm gesteuerten Unternehmensverfassung fühlt, ist die Mitbestimmung in Grossbetrieben. Diesen entscheidenden Schritt wird die sozial-liberale Koalition vollziehen, wie immer im einzelnen es noch Punkte geben wird, in denen das Gewicht der liberalen FDP nach Ansicht der Gewerkschaften und der SPD noch zu stark zum Ausdruck kommt. Man muss sich jedoch daran erinnern, dass diese Frage bei der ersten Regierung Brandt/Scheel ausgeklammert wurde, weil die FDP damals auf keinerlei derartige Eingriffe in die Freiheit der Unternehmer einzugehen bereit war. Heute gilt ihr Vorbehalt nur noch der Sonderposition, die sie den «leitenden Angestellten» zugestehen wollen. Dies aber gefährdet die von Partei und den Gewerkschaften geforderten Grundsatz der Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Noch ist diese Frage offen. Jedenfalls gibt aber die Mitbestimmung für Grossbetriebe den Arbeitnehmern erheblich mehr Gewicht und ist gesellschaftspolitisch bedeutsamer als die sonderbaren Vorstellungen einer «Vermögenspolitik», die praktisch nur ein Manipulieren mit Scheinbegriffen darstellt. Zu den gesellschaftspolitisch wichtigen Aufgaben der Legislaturperiode, die unter Hellmut Schmidt nun Gesetz werden sollen, ist auch die Kodifizierung des Mieterrechts. Eine befristete Gesetzesnovelle sichert seit einigen Jahren den Schutz der Mieter. Nun soll er für dauernd in die entsprechenden Gesetze eingebaut werden. Das wird umso wichtiger, als die Vollbeschäftigung nicht mehr in dem Ausmass gewährleistet ist wie bisher und damit die Frage der Räumung von Mietwohnungen entsteht oder eine Kündigung unerträgliche Mehrbelastungen durch Umzug und andere Kosten entstehen würden. Natürlich führt die kurze, knappe und sehr übersichtliche Regierungserklärung noch eine Reihe anderer und wichtiger Punkte auf.

Obwohl die Politik Willy Brandts wie die von Hellmut Schmidt, sozialdemokratisch gewertet, erhebliche Fortschritte und Entscheidungen mit sich bringt – man denke nur an den stark weltanschaulich betonten Streit um die Fristenlösung in der Abtreibungsfrage –, haben die Landtagswahlen des letzten Jahres unerwartete und erhebliche Einbussen an Wählerstimmen für die SPD gebracht. Man hat viel darüber gesprochen und noch mehr geschrieben und ist zu keinem Ergebnis gekommen. Das ist an sich nicht verwunderlich. Denn die Politik der Sozialdemokratie wird stets rational begründet. Die Gunst der Wähler aber ist in hohem Masse von emotionalen Momenten bestimmt. Nach meiner Auffassung sind es vor allem zwei Elemente, die diesen Rückschlag in der Wählergunst verursachen. Die Ostpolitik Willy Brandts hat eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen, weil die Oststaaten das geblieben sind, was sie stets waren, kom-

munistische Einparteienstaaten, in denen es keinerlei Gewaltenteilung gibt, weil insbesondere die DDR sich – nunmehr durch hohe Beträge für die zwangsweise Umwechslung in DM-Ost – sich abzuschirmen bemüht. Und auf der anderen Seite das Fortdauern der Geldentwertung. Das hat zudem die nachteilige Wirkung erheblich höherer Steuern für Arbeitnehmer. Sie geraten laufend in höhere Steuerkategorien, und das erzeugt eine erhebliche Unlust. Nun hat der frühere Finanzminister eine grundlegende Steuerreform ausgearbeitet, die entscheidende Entlastungen bringen wird.

Doch die grosse Steuerreform soll erst am 1. Januar 1975 wirksam werden. Diesen Scheck auf die Zukunft sind viele, allzu viele Lohn- und Gehaltsempfänger nicht bereit, zu honorieren. Es ist sonderbar, wie blind die massgebenden Persönlichkeiten der SPD in dieser Hinsicht sind und das nicht einmal nur in der Bundesrepublik. Im benachbarten Oesterreich, wo die SPÖ alleine mit Mehrheit regiert, ist man offenbar ebenso betriebsblind. Auch dort steht eine Reform der Steuer-Progressionssätze zum 1. Januar 1975 an, auch dort quittieren die Wähler mit Abfall, kürzlich in Salzburg ziemlich massiv und in Niederösterreich immerhin mit einem Stimmenverlust von 0,9 Prozent. In Niedersachsen, der letzten Regionalwahl in der Bundesrepublik, sind es mehr als drei Prozent. Vermutlich wird die SPD weiterhin dieses Land regieren, aber nur mit der FDP zusammen, die diesmal über die fünf Prozent Hürde gekommen ist, und nun natürlich allerlei Forderungen stellt. Und auch dann nur mit dem Vorsprung von einem Mandat im Landtag. Man kann sich natürlich trösten, indem man von einer Tendenzwende spricht, weil zuvor in diesem Jahr in Hamburg sechs Prozent der Stimmen verlorengingen. Doch das sind Trostpflaster, denn die Sozialdemokratie zog aus, um die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Sie wird alle Kräfte anspannen, alle ihre politischen Gesichtspunkte überprüfen müssen, um eine tatsächliche Tendenzwende zu bewirken, bevor die nächsten Bundestagswahlen stattfinden.

Nichts ist dumm genug, um nicht dienlich zu sein, die Leute von ihren wirklichen Interessen, wirklichen Bedürfnissen, ihrem möglichen guten Leben abzulenken, und zugleich von denen abzulenken, die sie daran hindern, dieses Leben zu leben. Eine Nation von Mickymäusen, Asterixen, Western- und Krimikonsumenten musste auf diese Spionagegeschichte hineinfallen. Politik – verstehen wir nicht; aber wie gefährlich ein Spion ist, haben wir im Fernsehen schon oft gesehen. Da kennen wir uns aus. *Günther Nenning* in «Neues Forum» (Wien)